

**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Zentralverbandes der Ingenieure
im öffentlichen Dienst in Bayern e.V.
9. Juli 2018**

1. Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung und einer besseren Personalausstattung in den technischen Fachverwaltungen wird Ihre Partei umsetzen, wenn Sie gewählt werden?

Antwort:

Die CSU setzt sich für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit motivierten Mitarbeitern und ausreichend Personal ein. Wir stehen für einen starken Staat mit einem starken öffentlichen Dienst. Wir brauchen öffentliche Institutionen, welche die staatlichen und kommunalen Aufgaben gut und umfassend erledigen.

Eine gut funktionierende Verwaltung ist ein wesentlicher Standortfaktor für Bayern. Deshalb setzt sich die CSU-geführte Staatsregierung für eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung ein. Vorbehaltlich künftiger Haushaltsaufstellungen soll deshalb auch in Abbaubereichen mit Umschichtungen oder neuen Stellen reagiert werden, wenn dort neue Aufgaben hinzukommen.

2. Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Wahl umsetzen, damit die Attraktivität der 3. QE für angehende Ingenieure erhöht wird?

Antwort:

Der Freistaat Bayern hat das innovativste und am meisten leistungsorientierte Dienstrecht. Bayern nimmt im Ländervergleich hinsichtlich Bezahlung und Arbeitsbedingungen eine Vorreiterrolle ein, wobei wir die dienst- und beamtenrechtlichen Regelungen kontinuierlich weiter an die Erfordernisse einer modernen Arbeitswelt anpassen werden.

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich dafür eingesetzt, dass sowohl für Anwärter und Berufseinsteiger als auch für vorhandene Beamte in technischen Bereichen zahlreiche finanzielle sowie nicht monetäre Anreize geschaffen werden, um den Einstieg und die Tätigkeit in technischen Verwaltungsbereichen attraktiver zu machen:

- Bei den Anwärterbezügen ist Bayern im Bund-Länder-Vergleich führend. Zudem besteht die Möglichkeit der Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen in Höhe von bis zu 70 % des Anwärtergrundbetrages (= rd. 850,00 EUR), wenn ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht.
- Soweit es zur Personalgewinnung notwendig ist und ein erforderlicher Studiengang nicht an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern durchgeführt wird, ist es im staatlichen Bereich ferner möglich, ein Studium mit vertiefter Praxis anzubieten. Dies kommt sowohl in Bachelorstudiengängen als auch in Masterstudiengängen in Betracht. Der Freistaat Bayern zahlt während der gesamten Dauer des Studiums ein monatliches Entgelt von 550 Euro. Die Entscheidung, in welchen Fachrichtungen und ggf. in welchem Umfang ein Studium mit vertiefter Praxis in Kooperation mit externen Hochschulen angeboten wird, obliegt den jeweiligen Ressorts.
- Für die Nachwuchsgewinnung ist aber nicht nur die Bezahlung ein wesentlicher Faktor. Daher wird sich die CSU auch in Zukunft dafür einsetzen, die familienfreundlichen Arbeitsbedingungen, bei denen der Freistaat Bayern Spitzenreiter ist, stetig weiter zu verbessern.

- Ferner wollen wir das Angebot an Staatsbedienstetenwohnungen ausweiten.

3. Trotz des neuen Dienstrechts ist die Durchlässigkeit insbesondere im Bereich der technischen Verwaltung durch die strikte Abgrenzung zwischen QE 3 und QE 4 unzureichend. So hat ein Ingenieur der QE 3 neben den langen Beförderungswartezeiten kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Dem gegenüber steht ein sehr großer Bewerbermangel in der QE 4. Die in den kommenden vier Jahren ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen der QE 4 können nicht durch reguläre Laufbahneinsteigerinnen und -einsteiger abgedeckt werden. Dennoch wird der Aufstiegskorridor von den technischen Fachverwaltungen übergeordneten Ministerien nicht punktuell geöffnet. **Wie steht Ihre Partei zu diesem Problem und wie würden Sie dieses im Falle einer Wahl lösen?**

Antwort:

Beförderungen sind und bleiben das Kernelement zur Honorierung von Leistung der Beschäftigten des Freistaates. Deshalb wurden und werden die Beförderungsmöglichkeiten – auch für die modulare Qualifizierung – in Bayern verbessert; dies gilt auch für die technischen Laufbahnen. Im Rahmen des Stellenhebungskonzepts „Neues Dienstrecht“ wurden durch die CSU-geführte Staatsregierung - bis zum Abschluss dieses Hebungskonzepts im Doppelhaushalt 2015/2016 - rd. 41.500 zusätzliche Stellenhebungen bzw. Beförderungsmöglichkeiten ausgebracht. Auch das aktuelle Haushaltsgesetz 2017/2018 enthält mit Art. 6i erneut Stellenhebungen im Volumen von insgesamt 10 Mio. €.

Wir verfolgen das Ziel, die Beförderungsaussichten sowie die Zulassungen zur modularen Qualifizierung in möglichst vielen staatlichen Bereichen zu verbessern. Hierzu gehören auch die technischen Bereiche. Letztendlich obliegt es der Verwaltung, den Beförderungsbedarf - im Rahmen einer sachgerechten Bewertung der Funktionen sowie im Vergleich zu anderen Laufbahnen - festzustellen und bereitgestellte finanzielle Mittel und Planstellen entsprechend einzusetzen.

4. Trotz stetig steigender Anforderungen und wachsender Aufgabenfelder hinkt die Bezahlung im öffentlichen Dienst im Vergleich zur freien Wirtschaft – insbesondere für Techniker und Naturwissenschaftler – hinterher. **Welche Maßnahmen sind von Ihnen vorgesehen, um diese Lücke zu schließen. Wie stehen Sie zu einer Erhöhung von Einstiegsämtern, um das erhöhte Qualifikationsniveau angemessen zu honorieren?**

Antwort:

Eine Anpassung der Gehälter im staatlichen Bereich an das Niveau der Privatwirtschaft ist nicht finanzierbar und würde das Besoldungsgefüge sprengen. Neben der Besoldung gibt es im Staatsdienst zudem viele andere Vorteile gegenüber der Privatwirtschaft. Gleichwohl wird bereits im Rahmen der Möglichkeiten versucht, auch in finanzieller Hinsicht Anreize zu schaffen. Beamte der 3. QE, Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, zu der auch Bachelor-Absolventen eines ingenieurtechnischen Studiengangs und Diplomingenieure (FH) zählen, werden daher bereits einem höheren Eingangsamt, dem der BesGr. A 10 zugeordnet, während Beamtinnen/Beamte der übrigen Fachlaufbahnen in das Eingangsamt der BesGr. A 9 eingestuft werden. Bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen (z.B. bei Vorliegen entspre-

chender beruflicher Erfahrung) kann im Einzelfall sogar die Einstellung im Beförderungsamte erfolgen.

Sofern für den fachlichen Schwerpunkt mit technischer Ausrichtung eine Regelstudiendauer von mehr als sechs Semestern festgelegt ist, gilt für das Einstiegsgrundgehalt einer Ingenieurin/ eines Ingenieurs als Anfangsstufe nicht- wie bei einem Studium mit Regelstudien-dauer unter sechs Semestern - die Stufe 1 der BesGr. A 10, sondern die Stufe 2.

Bei berufserfahrenen Fach- und Führungskräften können zudem Vordienstzeiten bei der Festsetzung der Stufe Berücksichtigung finden, sofern sie für die Beamtentätigkeit förderlich sind.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

5. Wie steht Ihre Partei zu der Besetzung von Leitungsfunktionen auf technischer Fachebene in den Ministerien, Bezirksregierungen und Landratsämtern, sowie in den Fachbehörden und Kommunen vor Ort mit Fachleuten aus den nichttechnischen Verwaltungen?

Antwort:

Leitungsfunktionen haben andere Tätigkeitsprofile und beinhalten in der Regel Führungsverantwortung, weshalb eine Besetzung mit Personal aus nichttechnischen Verwaltungen grundsätzlich nicht zu beanstanden ist. Wie allgemein bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst muss die Besetzung verfassungsrechtlich nach Eignung, Befähigung und Leistung erfolgen. Die Personalauswahl, die der jeweilige Dienstherr bzw. die Dienststelle im Verwaltungsvollzug zu treffen hat, ist daher keine parteipolitische Frage.